



Europäische Union: Keine Alternative zur Verfassung Kritischer Dialog über Stil und Inhalt der EU-Politik notwendig

Beschluss des 9. Kongresses der EUCDA, 03.09.2005

Der Europäische Einigungsprozess ist ohne Alternative: Die Europäische Union dient dem friedlichen Zusammenleben der Menschen und der Sicherung von Demokratie, Freiheit und Wohlstand. Sie ist zudem der einzige Weg, wie die Mitgliedstaaten ihre Interessen in einer globalisierten Welt zur Geltung bringen können.

Die Europäische Union ist aber nicht stabil wenn sie nur auf dem Pfeiler des Binnenmarkts stehen bleibt: Sie muss weiterentwickelt werden zu einer politischen Union. Dies setzt die Stärkung der sozialen Union voraus – und die Orientierung der gesamten europäischen Politik an verbindlichen Grundwerten. Zu einer Union der Staaten muss eine Union der Bürger treten.

Diese Ziele sollen durch die jetzt vorgelegte Europäische Verfassung erreicht werden.

Sie will die Stärkung der Bürgerrechte, der demokratischen Legitimation und der Kontrolle der Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene erreichen durch

1. die rechtliche Bindung der europäischen Politik an die Charta der Grundrechte
2. die Verpflichtung der EU auf die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft sowie an die Ziele der Vollbeschäftigung, des sozialen Schutzes und der Preisstabilität
3. die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments auch in den verbliebenen Teilen der Gesetzgebung
4. die Verpflichtung, die Beratungen des Ministerrates über Gesetzgebungsentscheidungen öffentlich abzuhalten
5. die Stärkung der nationalen Parlamente durch ein Klagerecht gegen eine eventuelle Übertretung der Kompetenzen der EU und die Verletzung des Subsidiaritätsprinzips

Von daher gibt es auch keine Alternative zur Europäischen Verfassung.

Es wäre eine fatale Fehleinschätzung, würde man einfach mit dem bestehenden Vertragswerk (von Nizza) weiterleben wollen. Dieses Ungetüm an Regelwerk führt gerade zu jener Politik, die den Unmut gegenüber der EU, seiner Bürokratie, schließlich auch gegenüber der politischen Klasse verstärkt. 11 Länder haben nach intensiven Debatten bereits mit »Ja« gestimmt.

Aber natürlich müssen die »Nein« Stimmen ernst genommen werden. Sie erzwingen, dass wir nicht nur den Prozess der Annahme der Verfassung, sondern darüber hinaus die gesamte europäische Politik auf den Prüfstand stellen:

- Die europäischen Gesetze müssen den Dreifachtest aus Subsidiarität, Kosten und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bestehen.
- Die EU muss auch die Aufnahmefähigkeit der Union sehen und ihre Grenzen definieren.
- Nur ein handlungsfähiges Europa nutzt im Inneren und kann unsere Interessen in der Welt wahrnehmen.
- Die EU muss Teil der Antwort auf das Problem der Globalisierung sein.

Des weiteren muss auch die Verfassung selbst nochmals kritisch gelesen werden. Gibt sie das Ziel – die wertegebundene, politische Union – wirklich in einer verständlichen Form wieder ?

Auf jeden Fall muss sichergestellt werden, dass die vom Verfassungskonvent erarbeiteten Grundziele und Grundwerte der Verfassung (die auf dem christlichen Menschenbild basieren) – enthalten in Teil I (60 Artikel) und Teil II (Charta der Grundrechte) – deutlich herausgestellt werden gegenüber der Zusammenfassung der alten Verträge in Teil III (321 Artikel). In diesem Zusammenhang bleibt die EUCDA bei ihrer kritischen Haltung gegenüber der Tatsache, dass – im Widerspruch zur Haltung der beiden großen Fraktionen im EU-Konvent - gerade im Teil III die praktische Handlungsfähigkeit der EU im Bereich der Sozialpolitik nicht weiter ausgedehnt wurde.

Die jetzt ausgerufene Denkphase bietet die Chance zu einem echten Dialog. Die EU-Verfassung hat immerhin schon erreicht, dass EU-weit und in allen gesellschaftlichen Schichten darüber diskutiert wird, welche EU wir wirklich wollen.

Diese Diskussion muss zurecht kritisch geführt werden. Sie erzwingt erstens eine bessere Kommunikation zwischen allen europäischen Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern. Zweitens macht sie eine Änderung der europäischen Politik in Stil und Inhalt notwendig. Eine andere Verpackung allein wird nicht ausreichen, um die Bürgerinnen und Bürger von der Vision des geeinten Europa nicht nur zu überzeugen, sondern auch - wieder - zu begeistern.

Die EUCDA unterstreicht die Ziele der Verfassung, die EU zu einem Europa der Bürger weiterzuentwickeln. Die EU ist die kostengünstigste Garantie für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Sie wird scheitern, wenn sie weiterhin in den öffentlichen Debatten auf ein innenpolitisches Kampfinstrument reduziert wird.

Erst wenn die hier skizzierten Werte und Ziele der Union für die Bürgerinnen und Bürger nicht nur in der Verfassung, sondern vor allem auch in den konkreten politischen Entscheidungen erkennbar werden, kann man es wagen, sie erneut um Zustimmung zu diesem Projekt zu bitten.